

Oberlandesgericht Oldenburg
Postfach 92 21
26140 Oldenburg

Anlagen zum Antrag auf Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst
Antragsteller/in: _____, geb. am _____.

I. Erklärungen (Angaben zu 1. bis 3. sind erforderlich, dabei bitte Unzutreffendes streichen bzw. Zutreffendes ankreuzen!):

1. Ich bin in Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit
 Ich bin in Besitz folgender Staatsangehörigkeit: _____
2. Ich befinde mich derzeit nicht im juristischen Vorbereitungsdienst und habe ihn auch noch nicht - auch nicht teilweise - absolviert
 anderenfalls nähere Angaben (ggf. besonderes Blatt verwenden):

3. a) Ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft ist gegen mich
 nicht anhängig.
 anhängig wegen _____
bei _____ (AZ: _____)
- b) Ein - abgeschlossenes - Strafverfahren ist gegen mich
 nicht anhängig gewesen
 anhängig gewesen wegen _____
bei _____ (AZ: _____)

(Eingestellte Ermittlungsverfahren sind anzugeben; nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellte Verfahren aber nur, wenn sie wegen Schuldunfähigkeit oder wegen eines Verfahrenshindernisses eingestellt worden sind. Strafverfahren, die im Bundeszentralregister bereits getilgt oder tilgungsreif sind, müssen nicht aufgeführt werden.)

II. Weitere für die Bearbeitung wichtige Angaben:

Ggf. weitere Tel.Nr. z. B. Eltern, Partner: _____

Art der Wohnung: Eigentum selbst eingerichtete Mietwohnung mit ___ Zimmer(n)
 elterliche Wohnung möbliertes Zimmer / möblierte Wohnung

Vom _____ bis _____
 Grundwehrdienst Zeitsoldat Zivildienst soziales Jahr
 ökologisches Jahr Tätigkeit als Entwicklungshelfer/-in Bundesfreiwilligendienst

Studium der Rechtswissenschaften (für weitere Angaben besonderes Blatt verwenden)

vom _____ / _____ bis _____ / _____ UNI _____
vom _____ / _____ bis _____ / _____ UNI _____
vom _____ / _____ bis _____ / _____ UNI _____

ggf. Auslands- und Urlaubssemester (für weitere Angaben besonderes Blatt verwenden)

vom _____ / _____ bis _____ / _____ UNI _____
vom _____ / _____ bis _____ / _____ UNI _____

ggf. Ergebnis des ersten Versuchs der ersten bestandenen juristischen Staatsprüfung

Datum: _____, Ergebnis (Note): _____, Punktzahl: ____; ____)

Gesundheitliche Beeinträchtigungen:

Grad der Behinderung _____ % (Nachweis ist beizufügen)

Zur Zeit habe ich noch die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst bei dem
Oberlandesgericht _____ (zum _____)
Oberlandesgericht _____ (zum _____)
beantragt. (ggf. auf Anlage weitere Angaben machen)

Ich werde unverzüglich mitteilen, falls ich mich um die Zulassung in weiteren Bezirken bewerben sollte
oder anderweitig eingestellt werde.

Bisher hatte ich mich in Niedersachsen schon bei dem Oberlandesgericht

- Braunschweig und/oder
 Celle

zu folgenden Terminen beworben: _____

- Ich habe noch keine Wartepunkte erworben.
 Ich habe dort zwischenzeitlich _____ Wartepunkte erworben

Eine Kopie des Schreibens, mit dem diese bestätigt worden sind,
 ist beigefügt wird nachgereicht.

III. Folgende Unterlagen füge ich bei (Zutreffendes bitte ankreuzen):

1. einen Lebenslauf (mit Datum und eigenhändiger Unterschrift)

eine beglaubigte* Ablichtung bzw. eine Ausfertigung

2. des Zeugnisses über das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung bzw. das Bestehen
der ersten Prüfung
(Hinweis: Einzelzeugnisse über die Pflichtfachprüfung und/oder die Schwerpunktbereichsprüfung reichen nicht aus.)

jeweils zwei Ablichtungen oder Registere Ausdrucke nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 PStG - 2-fach -:

- 3. meiner Geburtsurkunde,
- 4. des Auszuges aus dem Familienbuch bzw. der Eheurkunde (immer erforderlich bei verheirateten Bewerberinnen und Bewerbern)
- 5. der Lebenspartnerschaftsurkunde (immer erforderlich bei Bewerberinnen und Bewerbern, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben),
- 6. der Geburtsurkunden meiner Kinder.

Die Unterlagen zu Nummer _____ reiche ich nach.

Hinweis: Sie werden vom Oberlandesgericht zu gegebener Zeit gebeten werden, ein Behördenführungszeugnis (Belegart 0) zu beantragen.

Ich versichere hiermit die Richtigkeit dieser sowie auch der in meinem online übermittelten Gesuch gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde. Ich verpflichte mich, Veränderungen zu den gemachten Angaben, die sich im Laufe des Bewerbungsverfahrens ergeben, unverzüglich mitzuteilen.

_____, den _____

(eigenhändige Unterschrift - Vor- und Zuname)